

Berlin Brief

VON JOSIP JURATOVIC,
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES



AUSGABE 153, 4. APRIL 2014

Bürgerbüro Josip Juratovic
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
07131/783616
josip.juratovic@bundestag.de
www.juratovic.de
www.facebook.com/josipjuratovic

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,*

für uns Sozialdemokraten erreichen in rascher Folge wichtige Gesetzentwürfe den Bundestag: **Rentenpaket**, Tarifpaket mit Mindestlohn und EEG-Novelle. In einem sehr engen Zeitplan wollen wir als SPD-Fraktion unsere Vorhaben noch vor der Sommerpause erfolgreich abschließen. So zeigen wir unseren Wählern und auch Nicht-Wählern: die SPD handelt! Gesagt, getan, gerecht!

Unter unseren Zielen ist mir eines besonders wichtig: die **Kopfpauschalen werden abgeschafft!** Hier zeigt sich deutlich: Es macht einen Unterschied, ob Sozialdemokraten Regierungspolitik mitgestalten – oder nicht. Zugegebenermaßen mussten wir im Koalitionsvertrag auch ein schmerzhaftes Zugeständnis machen: Beitragssteigerungen der Kassen werden zunächst nur von den Beitragszahlenden getragen; Arbeitgeber bleiben geschont. Als SPD müssen wir uns hier leider an den Koalitionsvertrag halten – so wie wir dies von unserem Koalitionspartner bei den Beratungen zu Rente und Mindestlohn erwarten!

Im Auswärtigen Ausschuss haben wir uns neben der Ukraine mit **Somalia** beschäftigt. Es geht um die Bundeswehrbeteiligung an der militärischen Ausbildungsmission „EU

**EIN AUSZUG AUS MEINEM
TERMINKALENDER – ICH
FREUE MICH, SIE ZU TREFFEN:**

**Fachbeirat Integration der SPD
Baden-Württemberg**

*Sa, 5.4., 13 – 15.30 Uhr, Haus
der Wirtschaft - Raum Mann-
heim (1.OG), Willi-Bleicher-
Straße 19, 70174 Stuttgart*

WEITERE TERMINE:

**Mitglied der Delegation des Deut-
schen Bundestages zur Interpar-
lamentarischen Konferenz der
Gemeinsamen Außen- und Si-
cherheitspolitik der Europäischen
Union**

Do, 3.4. bis Fr, 4.4., Athen

Sitzungswoche des Bundestages

Mo, 7.4. bis Do, 10.4., Berlin

**Mitglieder der deutschen Delega-
tion in der Parlamentarischen
Versammlung des Europarates**

Do, 10.4. bis Fr, 11.4., Straßburg

*P.S.: Berlin-Brief abonnieren?
Mail an
[josip.juratovic@bundestag.de!](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)*

Training Mission Somalia“ (EUTM Somalia). Bis zu 20 deutsche Soldatinnen und Soldaten sollen an der Ausbildungsmission teilnehmen. Die Mission leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung des Aufbaus somalischer Streitkräfte sowie zur Stabilisierung des Landes und der Region. Deutschland hat sich von Anfang an für einen umfassenden Ansatz der EU am Horn von Afrika eingesetzt, der die somalische Eigenverantwortung weiter stärkt.

Mit einer ausführlichen Debatte erinnerte der Bundestag in dieser Woche an den Völkermord in **Ruanda** vor 20 Jahren. Von April bis Juli 1994 kamen dort über 800.000 Menschen ums Leben. Dazu gehört auch die Erinnerung an die wenig entschiedene Rolle der internationalen Gemeinschaft, die trotz vielfältiger Informationen über das mörderische Handeln nicht ausreichend versucht hat, die Gräueltaten zu beenden. Mit einem fraktionsübergreifenden Antrag würdigt der Deutsche Bundestag die ruandischen Bemühungen um Aufarbeitung und Versöhnung, sowohl durch strafgerichtliche wie auch zivilgesellschaftliche Strukturen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Regierung Ruandas bei der Festigung demokratischer Strukturen zu unterstützen und durch Konfliktprävention Menschenrechtsverletzungen frühzeitig zu verhindern.

Diese Debatte sollte uns auch im Hinblick auf mögliche künftige Konflikte zum Nachdenken anregen. Als Gesellschaft müssen wir immer wieder darüber streiten, wann wir dazu bereit sind, in „interne“ Konflikte eines anderen Staates einzugreifen. In solchen Situationen ist schnelles Handeln gefordert. Zeit für ethisch-moralische Diskussion bleibt dann nicht. Deswegen müssen wir traurige Jahrestage wie diesen nutzen, um diese Diskussion zu führen.

An der Debatte im Bundestagsplenum konnte ich selbst leider nicht teilnehmen, weil ich zu diesem Zeitpunkt als Teil der Deutschen Delegation bei der **interparlamentarischen Konferenz der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik** in Athen war. Auf der EU-Ebene ist Außenpolitik vor allem eine Angelegenheit der Europäischen Kommission bzw. der Mitgliedsstaaten. Diese Konferenz stellt die parlamentarische Kontrolle der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik dar. Wir Abgeordnete aus den 28 Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament werden Frau Ashton vor allem mit kritischen Fragen zur Ukraine konfrontieren. So muss sie sich sicherlich die Frage gefallen lassen, weshalb der EU-Kommissar Füle mit der Ankündigung einer unmittelbaren Beitrittsperspektive für die Ukraine noch Öl in das Feuer des aktuellen Konflikts gießt.

Um positiv zu enden, möchte ich von ganzem Herzen meine Freude über den **Mindestlohn** zum Ausdruck bringen. Der Mindestlohn ist eine bedeutende gesellschaftliche Errungenschaft, für die wir als SPD gemeinsam mit den Gewerkschaften gekämpft haben. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bekommen nun endlich eine angemessene Anerkennung für ihre Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen

